

Pressemitteilung der Jungliberalen Aktion Sachsen:

Verkehrsüberwachung darf nicht zur Abzocke werden!

(Dresden/15.03.2009) Die Jungliberale Aktion Sachsen begrüßt den Vorstoß des Sächsischen Innenministeriums, wonach zukünftig auch kleinere Kommunen mobile und stationäre Radarkontrollanlagen nutzen können.

„Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips befürworten wir klar kommunale Eigenverantwortung. Vor Ort weiß die Verwaltung, wo sich Unfallschwerpunkte befinden und kann selbst mit Blitzanlagen reagieren“, sagt Marcus Viefeld, Vorsitzender der Jungliberalen Aktion.

Der FDP-Jugendverband befürchtet allerdings, dass die Kommunen weitere Blitzer dazu nutzen werden, ihre Haushaltssituation aufzubessern.

„Wir sind der Meinung, dass Busgelder nur zur Erziehung der Verkehrsteilnehmer und nicht der Sanierung kommunaler Haushalte dienen dürfen. Bußgelder, die im Rahmen der Verkehrsüberwachung durch Landes- oder Kommunalbehörden festgesetzt werden, sollten nur noch in jener Höhe in die Kassen der betreffenden Behörden fließen, die zur Deckung der unmittelbaren Kosten der Überwachungsmaßnahme benötigt wird. Bereits heute muss man davon ausgehen, dass die durchgeführten Kontrollmaßnahmen nur der Abzocke und nicht der Verkehrssicherheit dienen. Dies untergräbt langfristig die Akzeptanz der Verkehrskontrollen“, so Marcus Viefeld weiter.

Die liberale Jugendorganisation wünscht sich, dass anfallende finanzielle Überschüsse über eine Stiftung gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden.

Bei Rückfragen zum Thema und zur JuliA-Sachsen allgemein steht ihnen Pressesprecher Constantin Eckner gern telefonisch oder via Email zur Verfügung.



Jungliberale Aktion
Sachsen
Radeberger Straße 51
01099 Dresden

Tel: 0351/ 65 57 65 70
info@julia-sachsen.de
www.julia-sachsen.de

Pressesprecher
Constantin Eckner
V.i.S.d.P.

Mobil: 0179/ 21 21 620
presse@julia-sachsen.de